

Marie Černá, Jaroslav Cuhra, Matěj Spurný

KADERARBEIT *

„Kaderarbeit“¹ bildete ein wichtiges Element der Herrschaftspraxis und Lebenswirklichkeit in der kommunistischen Diktatur. Will man dieses System verstehen, muss man rekonstruieren, wie Kaderarbeit funktionierte und welche Auswirkungen sie auf das Leben der Menschen hatte. Die Analyse des Kadersystems gehört gewissermaßen zur Grundlagenarbeit für eine Geschichte der 40-jährigen Herrschaft der kommunistischen Partei (KSČ) in der Tschechoslowakei. Umso erstaunlicher ist es, dass sich das Interesse der Öffentlichkeit wie der meisten Historiker in Tschechien in den letzten 20 Jahren auf ganz andere Aspekte der Zeit vor 1989 konzentriert hat: auf die politischen Prozesse, auf Widerstand und Protest und vor allem auf die tatsächlichen und angeblichen Agenten der Staatssicherheit. Die Bedeutung, die diese Phänomene für die kommunistische Herrschaft hatten, steht völlig außer Zweifel, doch kamen deutlich weniger Tschechen und Slowaken in direkten Kontakt mit ihnen als mit der Kaderarbeit, die über die Lebenswege der Bevölkerungsmehrheit entschied. Und viele Menschen hatten praktisch täglich mit dem Kaderwesen zu tun, und das in verschiedenen Formen und Rollen.

Was aber war Kaderarbeit? Stellte sie eine Art der Regulierung arbeitsrechtlicher Beziehungen dar, bildete Kaderarbeit also eine Variante der Suche nach effektiver Verwendung von Arbeitskräften und Angestellten, eine Entsprechung zum heutigen „Personalwesen“? Oder war sie der typische Ausdruck einer zentralistisch gesteuerten Ökonomie und einer gelenkten Arbeitskräfteverteilung? Oder handelte es sich in erster Linie um die repressive Praxis eines autoritären Regimes und damit um ein komplexes System zur Beobachtung des Lebens von Menschen, das in seinen Zielen mit den Aufgaben der Geheimpolizei vergleichbar wäre, sich hinsichtlich seines Ausmaßes und Einflusses allerdings als um ein Vielfaches ergiebiger erwies?

Kaderarbeit umfasste alle diese Aspekte. Die ihr inhärente Spannung zwischen der unverzichtbaren Überwachung der Qualität der ausgeführten Arbeit und dem Bemühen, über den Menschen zu bestimmen – den Angestellten zur größtmöglichen

* Die drei Aufsätze des Themenschwerpunkts „Kaderpolitik“ sind im Rahmen des Forschungsprojekts „Kádrový posudek si píše každý sám“. Kádrování, prověřování a čistky v Československu 1948-1989 [„Das Kadergutachten schreibt jeder selbst“. Kaderpolitik, Überprüfungen und Säuberungen in der Tschechoslowakei 1948-1989], Grantová agentura České republiky [Forschungsagentur der Tschechischen Republik, GAČR] 409/08/1633, entstanden.

¹ Der Begriff „kádrování“ – eigentlich „Kadern“ – wird in allen Beiträgen dieses Heftes durchgängig mit „Kaderarbeit“ übersetzt. Das ist eine Kompromisslösung, denn auch der Terminus „Kaderarbeit“ existiert im Tschechischen (kádrová práce), dennoch kommt dieses Wort unserer Meinung nach dem umfassenden Prozess, den „kádrování“ beschreibt, am nächsten.

Loyalität zu verpflichten –, führt dabei direkt zu scheinbar so abstrakten Dingen wie den Kadergutachten, zu der Frage, wie diese einzuschätzen sind, welche arbeitsrechtlichen und praktischen Folgen sie hatten, und damit zu einem der interessantesten Themen der jüngsten Vergangenheit.

In der Tschechoslowakei wurde die Kaderarbeit bereits relativ früh von der kommunistischen Partei losgelöst. Zugleich blieb sie aber existenziell mit der Partei und der Durchsetzung ihrer Macht verbunden. Und dies bei Weitem nicht nur dadurch, dass diese Praxis ursprünglich aus der Binnenlogik der KSČ resultierte, also aus den internen Beurteilungsverfahren, denen die eigenen Mitglieder unterzogen wurden. Vielmehr sollte die Kaderarbeit auch nach ihrer formalen Verselbstständigung ein Instrument sein, das die Durchsetzung der Interessen der Partei in allen Segmenten der Gesellschaft sicherte.

Das stellt uns vor eine Reihe grundlegender Fragen, die in den drei Aufsätzen des Themenschwerpunktes „Kaderarbeit“ in dieser Nummer der „Bohemia“ diskutiert werden. Wir hoffen, dabei wenigstens zu einigen Antworten gelangt zu sein – erschöpfend sind diese sicher noch nicht. In erster Linie geht es darum zu klären, inwieweit die ursprünglich anvisierten Ziele – also Effektivität und Kontrolle sowie die Durchsetzung der Intentionen der Partei – mithilfe der Kaderarbeit durchgesetzt werden konnten, bzw. darum, welches dieser Ziele in welchem Kontext Priorität genoss.

Die offensichtliche Tatsache, dass die KSČ, ähnlich wie die anderen kommunistischen Parteien in Ostmitteleuropa, nicht ausschließlich durch Gewalt und Einschüchterung der Bevölkerungsmehrheit regieren konnte, führt uns zu der Suche nach den anderen Mitteln, die entscheidend für die Stabilität der Herrschaft waren. Dazu gehörte ohne Zweifel auch die Kaderarbeit. Doch stellt uns ihre Erforschung vor die Frage, in welchem Maß sie zur Legitimierung und zur Stabilisierung des Systems beitrug – vor allem durch die große Zahl an involvierten Menschen – und inwiefern sie in bestimmten Zeiten und Kontexten die Schwächen des Systems bloß legte und in der Folge dessen Destabilisierung und Zerfall beförderte. Die Ambitionen und Grenzen von Herrschaft durch Kontrolle diskutiert Jaroslav Cuhra in seinem Aufsatz.

Die Kaderpraxis, also das System, in dem der Bürger der sozialistischen Tschechoslowakei über sein Beschäftigungsverhältnis nicht nur aus fachlicher Perspektive, sondern auch nach politischen Kriterien kontrolliert und klassifiziert wurde, war, wie Marie Černá zeigt, ein mehrdeutiges Phänomen. Für uns stellt sie kein bloßes Ornament der sozialistischen Lebenswelt dar, das man mit ironisierenden, die Vergangenheit lächerlich machenden Erinnerungen abtun könnte. Besonders beliebt sind in diesem Zusammenhang Erzählungen, die die Schöpfer und Repräsentanten des Systems zu bürokratischen Dummköpfen degradieren und die suggerieren, dass es bei der ganzen Sache um nicht mehr ging als um ein von der Geschichte auferlegtes Hindernis, das der Einzelne geschickt zu überwinden hatte. Um ein Hindernis, das sich manchmal umgehen ließ und manchmal nicht, was dann allerdings fatale Folgen hatte. Dieses Narrativ führt dazu, dass die Frage, was die Einbindung von Millionen von Bürgern in die Kaderpraxis eigentlich bedeutete, völlig außen vor bleibt. Das Problem einer solchen populären – und von der wissenschaftlichen

Öffentlichkeit bislang nicht widerlegten – Interpretation liegt darin, dass sie genau an dem Punkt stehen bleibt, hinter dem sich der Raum öffnet, in dem die Antworten auf wesentliche Fragen zu suchen sind. Millionen von Kaderakten, eigenhändig verfassten Lebensläufen, ausgefüllten Fragebögen, Gutachten und Einschätzungen sind unserer Meinung nach nicht nur das Produkt eines inhaltsleeren Rituals. Nicht zuletzt die Tatsache, dass es vielen Menschen sehr wichtig war, in der Situation des Umbruchs von 1989/90 die eigene Kaderakte an sich zu nehmen und rasch nach Hause zu bringen, verweist darauf, dass diese Zeugnisse der jüngsten Vergangenheit viel mehr enthüllen, als man auf den ersten Blick vermuten könnte.

In der Kaderarbeit geht es um viel mehr als um lästigen Papierkram, leere Rituale oder eine Form kommunistischen Ausspionierens. Wir verstehen sie als einen aufschlussreichen Ausdruck der Überzeugung von der Rationalität der marxistisch-leninistischen Geschichtsphilosophie, in der der Glaube an die historische Mission der Arbeiterklasse die Gestalt einer klassenmäßig gebundenen Überprüfung der Menschen annimmt. A und O der Kaderarbeit war eine als umfassend verstandene Zuverlässigkeit – also eine Zuverlässigkeit in politischer, professioneller und persönlicher Hinsicht –, die sich auf alles beziehen und auf die sich alles zu richten hatte. Über die Beförderung oder Herabstufung eines Menschen wurde nach Kriterien wie „Herkunft“ entschieden, ergänzt um weitere Gesichtspunkte wie Engagement und die geäußerten politischen Haltungen.

Waren die erwünschten Eigenschaften und Meinungen auch spezifisch, bildet die Kaderarbeit an sich doch ein allgemeines Ergebnis der Moderne und ihrem Glauben an die Möglichkeit, die Gesellschaft einzuschätzen und einzuteilen und so für jeden Einzelnen den richtigen und passenden Platz zu sichern. „Überwachen und Strafen“ gründete auf der sicheren Annahme, dass die beste der möglichen Welten verwirklicht werde. Zugleich war die Kaderarbeit aber auch ein Weg, das in der Realität schwer Definierbare umzusetzen, das heißt, die Forderung nach der führenden Rolle der Partei ins reale Leben zu überführen. Diese allgemein bekannte Formel, die in der Tschechoslowakei durch die Verfassung von 1960 festgeschrieben wurde, nahm in der Kaderpolitik ihre konkrete Gestalt an. Als Folge der stillen, zu keinem Zeitpunkt öffentlich erklärten Vereinnahmung der Kaderarbeit durch die Parteiorgane spielte sich die Interaktion zwischen dem Bürger bzw. den Angestellten und der KSČ genau hier ab, unter dem Mäntelchen einer mit dem Staat bzw. dem Arbeitsplatz verbundenen Institution und Praxis. So erreichte der Staat praktisch jeden erwachsenen Bürger, zwang ihm zumindest in irgendeiner Form Kommunikation auf, die nicht auf gleicher Ebene stattfand. Es war die KSČ, es waren ihre Funktionäre, aber auch normale Mitglieder, die vermittelt durch die Kaderarbeit Fragen formulierten und damit erreichten, dass diese beantwortet wurden und so die unklare Formel von der „führenden Rolle“ in die Realität umsetzten. Wie und in welchem Umfang dies geschah, zeigt Matěj Spurný exemplarisch in seinem Beitrag.

Allerdings provoziert die Untersuchung des Kaderwesens auch Fragen anderer Art: Selbst wenn die Beziehung zwischen dem Kaderfunktionär und dem „Gekaderten“ ungleich und unfreiwillig war, blieb sie doch immer eine Beziehung. Und obgleich die Motive, aus denen Fragebögen ausgefüllt, Selbstkritiken verfasst oder Verpflichtungen unterschrieben wurden, ganz unterschiedlich sein konnten – auf

Überzeugung, Angst, Konformismus oder Karrierismus beruhen konnten –, kann nicht geleugnet werden, dass die dicken Stapel solcher Stellungnahmen die führende Rolle real begründeten und ihr Geltung verschafften. Auch eine unfreiwillig angenommene Verpflichtung bzw. eine formalisierte Pflicht, die „gezähmt“ und in eine politisch unschädliche und nicht bedrohliche Form gebracht wurde, war Ausdruck einer Realität, in der jemand bestimmt hat, dass solche Verpflichtungen angenommen werden mussten. Zudem befanden sich die konkreten Menschen nicht immer auf derselben Seite, die Grenze zwischen den Kontrollierenden und den Kontrollierten war also schwer zu erkennen. Vor allem für Parteimitglieder galt, dass sie beide Rollen sehr gut kannten. Das ist ein grundlegender Aspekt, der unserem unwillkürlichen Verlangen, die Gesellschaft in der Zeit der KSČ-Diktatur in Täter und Opfer einzuteilen, zuwider läuft.

Zu behaupten, dass die Bürger durch die Kaderarbeit zur Verwirklichung des Rechts der KSČ zum Regieren beitrugen, wäre wahrscheinlich zu hart formuliert. Doch war das Maß der Einmischung der KSČ in das private Leben über die Kaderarbeit bemerkenswert. Jahrzehntlang beanspruchten die Funktionäre und gewöhnlichen Mitglieder der Partei das Recht, andere zu beurteilen, und nahmen sich dieses auch heraus. Das „wusste man“ und die meisten Menschen akzeptierten es stillschweigend, wenn auch vielleicht mit dem Gefühl, dass es etwas Ungerechtes und Verwerfliches war.

Der November 1989 bedeutete das Ende dieser Praxis und viele Menschen holten sich – sicher mit einem Gefühl der Genugtuung – ihre Kaderakten, um sie umgehend zu vernichten, rituell zu verbrennen oder in eine Schublade zu stecken (wir, die damals noch nicht volljährig waren, standen nicht vor dieser Entscheidung).

Und dann? Dann passierte nichts. Die Fragen danach, wovon die Menschen sich eigentlich befreit hatten, wie das System funktioniert hatte, was es in Bezug auf Herrschaftsanspruch und Herrschaftspraxis bedeutet hatte, wie es möglich gewesen war, dass die Mitglieder der KSČ über solch ein Recht zur Kontrolle anderer verfügt hatten, was die Mitgliedschaft in der Partei eigentlich bedeutet hatte und was die große Zahl an Ritualen, die den Bürgern unter anderem über die Kaderarbeit abgenötigt worden waren, wurden nicht aufgeworfen. Und sofern man sie ins Spiel brachte, wurden sie von anderen Themen übertönt. Hätte dieses Thema es doch erfordert, sich selbst und eigentlich auch seinen Nächsten schmerzhaft Fragen zu stellen. Zudem hätte eine Konfrontation damit die bequeme Einteilung in „Wir“ und „Sie“ beträchtlich gestört. Die Revolution von 1989 erforderte einen Konsens gegen einen klar definierten und deutlich abgegrenzten Feind. Dabei war es nicht allzu willkommen, dem eigenen Anteil am Erhalt und an der jähen Abwendung von der stalinistischen, poststalinistischen oder „normalisierten“ Realität der Jahre nach 1968 nachzugehen. Vielleicht holen wir diese Überlegungen jetzt zumindest in Teilen nach.